

Stettiner



Zeitung

105. Jahrgang der „Privilegirten Stettiner Zeitung.“

No. 190.

Abend-

Montag den 23. April.

Ausgabe.

1860.

Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Wir tragen das Bemerkenswerthe aus der wichtigen Sonnabend-Sitzung, deren Resultat wir in unserm gestrigen Morgenblatte mittheilten, nach.

In der längeren Rede des Hrn. v. Berg heißt es zum Schluß: Als die früheren Minister dem Könige riefen, die deutsche Kaiserkrone nicht anzunehmen, damals erklärte der König, der Antrag der deutschen Kaiserkrone gebe ihm ein kostbares Anrecht. Nun aber hat kein Fürst ein Recht ohne eine entsprechende Pflicht. Das, meine Herren, ist der tiefe Sinn des Wortes „von Gottes Gnaden“, daß die fürstliche Macht aus der göttlichen Weltordnung stammt, in der es kein Recht giebt ohne Pflicht (sehr gut, rechts), daß das fürstliche Recht nur so lange Sinn hat, als die Grundlage der treuen Pflichterfüllung nicht erschüttert ist. (Bravo.) Mit jenem Worte des Königs übernahm Preußen die Pflicht, einzutreten für die Rechte der Fürsten nicht bloß, sondern der Völker, die Pflicht, an die Stelle der deutschen National-Versammlung zu treten, die Pflicht, nicht untergehen zu lassen den Glauben und die Hoffnung der deutschen Einheit. (Bravo.) Dieses heilige Wort ihres Königs hat die vorige Regierung nicht eingelöst — das ist eine ihrer schwersten Versündigungen. Es ist dies der Hauptgrund, warum Preußen keine Sympathien hat bei den deutschen Bevölkerungen. Daß bei den Regierungen Preußen keine Sympathien hat, ist natürlich genug; es geschieht nach der alten Regel, daß die Schwachen sich immer mit dem Zweitmächtigen verbinden. Wenn Oestreich heutzutage einen solchen Beruf in Deutschland hätte, wie Preußen, dann würde sich ein eben solches Bündniß der Regierungen gegen Oestreich bilden, wie es jetzt mit Oestreich gegen Preußen besteht (Zustimmung rechts); denn die Liebe zu dem Zweitmächtigen ist nichts als der Haß gegen den Mächtigen. (Sehr gut, rechts.)

Von den Gegnern des Kommissions-Antrages ist die Befürchtung ausgesprochen, daß das Vorgehen unserer Regierung in der kurhessischen Frage Spaltungen in Deutschland erregen werde. Ich sehe nur eine Gefahr, nämlich die, daß Preußen nicht energisch genug vorgeht. Wenn mehrere Schwache vorhanden sind, und sie sehen sich nach einem kräftigen Führer um, dann ist es zu natürlich, daß sie der Aufforderung des Starken, „geht mit uns“, die Frage entgegensehen: „Gehst Ihr auch?“ Bei jedem Schritt aber, den Preußen energisch in dieser Angelegenheit thut, wird das Mißtrauen gegen seine Kraft schwinden, und wenn man vom Rheinbund spricht, so bitte ich doch sich zu erinnern, daß der alte Rheinbund nicht in Paris, sondern in Basel geschlossen ist, in Paris ist er nur zu Papier gebracht. Soweit ich Preußens Geschichte kenne, ist es nur dann kräftig aufgetreten, wenn es den Muth hatte, seine Bestimmung zu erfüllen, der Kern zu sein für die deutsche Nation. (Bravo rechts.) Diesen Muth fordert auch heute der Stand der Dinge in Deutschland. Es geht mit Staaten eben so wie mit anderen Wesen. Jedes Wesen muß die Bedingungen seiner Existenz erfüllen, sonst geht es zu Grunde. Wer nicht die Energie hat, zu leben, der muß die Resignation haben, zu sterben. Ein anderer Einwand ist der, daß Oestreich durch Preußen aus Deutschland hinausgedrängt werden wird. Wäre das aber ein so großes Unglück? Wäre es nicht endlich an der Zeit, wenn Oestreich sich da konzentrierte, wo es seine Bestimmung zu erfüllen hat, im Süden? Wäre es denn ein Unglück, wenn Preußen und Oestreich endlich einsehen, daß ihre Bestimmungen nach verschiedenen Richtungen liegen, aber zusammen erfüllt werden müssen? (Sehr gut, sehr gut.) Endlich sind noch Gefahren geschildert, die vom Auslande drohen könnten. Die Gefahr ist immer größer, je größer die Angst ist. (Bravo.) Je mehr Angst wir zeigen, desto schneller wird die Gefahr kommen. (Bravo.) Rufen Sie nicht die Besorgniß vor der Gefahr wach, sondern das Vertrauen, welches jeder Angehörige eines so lebensfähigen Staates haben muß, daß es Kämpfe geben kann, die einen großen Theil der Kräfte abnutzen, Kämpfe, in denen die Gefahr des Unterganges dicht neben der Hoffnung des Sieges liegt, daß aber die Hoffnung des Sieges nur für den da ist, der selbst der Gefahr des Unterganges entgegen zu gehen sich nicht scheut. Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Reichensperger (Köln) meint, daß es sich weniger um die hessische, wie um die deutsche Frage handle, der Bericht spreche davon, „daß Preußen mit den verhassten Traditionen des Bundestages brechen müsse.“ Er warnt dringend vor der Annahme der Resolution und schließt: Das Testament Friedrich Wilhelm's III., der die schwerste Zeit durchgemacht und in den Abgrund des deutschen Zweifels gestürzt hat, sollte noch jetzt vor aller Augen sein. Nüttern wir nicht am Schlussstein des europäischen Staatensystems; das stürzende Gewölbe möchte mit seinem Schutt auch Preußen bedecken. Gott schütze Preußen! Gott schütze Deutschland!

Abg. v. Puttkamer: Der Kommissions-Antrag gehe ihm eigentlich nicht weit genug; sollte die hessische Frage dahin führen,

daß der Bundestag gesprengt werde, so würde er darin ein Glück sehen. Er möchte gern von der Kommission wissen, was unter der von Preußen zu entwickelnden „Energie“ zu verstehen sei, er hoffe, es heiße: „volle Kraft“ auch im äußersten Falle, damit die preußenfeindlichen Regierungen erfahren, daß Preußen vor keiner Konsequenz zurückschreckt. Er schließe mit dem innigen Wunsche, daß das brave preussische Volk endlich aus seiner traurigen Lage befreit werde, durch Preußens Wort und, wenn es sein muß durch Preußens Schwert. (Bravo rechts.)

Minister Frhr. v. Schleinitz: Meine Herren! Der Abgeordnete für Naugard hat es zur Wahrung seines parlamentarischen und staatsmännischen Standpunktes für nöthig gehalten, in der gestrigen Sitzung ein ganz spezielles und persönliches Mißtrauens-Votum gegen mich auszusprechen. Sollte dies ein Unglück für mich sein, worüber ich noch nicht ganz mit mir einig bin (Heiterkeit), so würde ich suchen müssen, so gut es eben gehen will, mich in dies Mißgeschick zu finden. Vorläufig hält mich die Betrachtung einigermaßen aufrecht, daß der Herr Abgeordnete selbst die Bitterkeit seines Votums großmüthig dadurch hat mildern wollen, daß er es, in allerdings überraschender Weise, an eine Angelegenheit geknüpft hat, in welcher er mit dem Verhalten der Staatsregierung, und also auch mit dem meinigen, im Großen und Ganzen vollkommen einverstanden ist, und in welcher nur die vielleicht nicht ganz begründete Scheu, für einen Demokraten oder für einen unbedingten Anhänger meiner Politik zu gelten, ihn abhält, für das Ministerium zu stimmen (Heiterkeit). Auch der Gedanke ist mir einigermaßen tröstlich, daß es mir beim besten Willen und mit den größten Anstrengungen wohl kaum gelingen dürfte, die Anerkennung und den Beifall des Herrn Abgeordneten zu erringen, insofern und so lange ich die Ehre haben werde, auf diesem Platze zu sitzen. Uebrigens kann ich ihm die beruhigende Versicherung ertheilen, daß die Politik des preussischen Kabinetts, trotz des Schwankens, welches er ihr zum Vorwurf macht, Gott sei Dank, noch auf ziemlich festen Füßen steht, und auch in Zukunft, sei es mit der schätzbaren Unterstützung des Herrn Abgeordneten, sei es ohne sie, ja sei es gegen dieselbe, sich vor dem Falle zu bewahren hofft. (Bravo.)

Nach geschlossener Diskussion spricht v. Vincke (Hagen) als Antragsteller zuerst seine Mißbilligung aus, daß die polnischen Mitglieder des Hauses sich von der Abstimmung ausschließen wollen. Wenn die Angelegenheit wirklich für diese Abgeordneten eine ausländische Angelegenheit sein sollte, so verlange ich dennoch von ihnen daselbe warme Interesse, welches wir ihren Angelegenheiten neuerlich widmeten. Ich behaupte aber, es ist für sie keine auswärtige Angelegenheit. Vermöge der europäischen Traktate, welche von den Herren aus Posen so oft angezogen werden, wenn es sich um ihre Angelegenheit handelt, sind die Herren Preußen, sitzen hier auf Grund der preussischen Verfassung und sind verpflichtet, dazu mitzuwirken, wenn es sich um die Größe Preußens handelt, und wenn sie das nicht wollen, so werden sie von uns nicht erwarten, daß wir uns ferner um ihre Angelegenheiten kümmern.

Die wichtigsten Angelegenheiten eines jeden Staates sind die auswärtigen, und wenn die Herren, deren Ansicht der Abgeordnete von Brandenburg gestern Ausdruck gegeben, sich auch stets von uns getrennt haben, so wissen wir doch seit gestern, daß sie sich wenigstens doch von ihren früheren Ansichten getrennt und eingesehen haben, daß man Preußen nicht schlechter dienen kann, als wenn man österreichische Politik verfolgt. Die Umkehr dieser Partei, das muß ich hier konstatiren, datirt von dem Augenblick an, als der Herr v. Bismarck-Schönhausen die Geschäfte eines preussischen Gesandten am Bunde übernahm und sich dort überzeugte, daß Oestreichs Politik darauf hinausging, Preußen zu erniedrigen. Wenn das verehrte Mitglied sich noch nicht entschließen kann, für einen Antrag zu stimmen, welcher von uns ausgeht, so wissen wir doch, daß eine Zeit kommen wird, in welcher es mit uns stimmen wird, weil ich glaube, daß die Diplomatie, welche Preußen so viel geschadet hat, sich überzeugen wird, daß es endlich an der Zeit ist, preussische Politik zu machen. Ich hoffe, daß das Mitglied dann einmal einen Antrag einbringen wird, mit welchem wir vollkommen einverstanden sein können; ich werde dann der erste sein, der Ja sagt. — Ich habe ferner als Thatsache zu konstatiren, daß die demokratische Partei Manches gelernt und Manches vergessen hat. Die große Majorität des Volkes hat die Verfassung, auf Grund deren wir hier sind, anerkannt, aber es ist allerdings beklagenswerth, daß noch eine Partei in diesem Hause sitzt, deren auswärtige Politik einen Centralpunkt hat, welcher heißt Rom — und der Weg dahin führt über Wien! Man hat davon gesprochen, man wisse nicht, was das preussische Volk gegen die Konföderate hätte. Darauf kann ich nur erwidern, daß das Volk nicht will, daß über seine Angelegenheiten anders entschieden werden soll, als durch Gesetze, daß aber darüber nicht konföderirt werden soll mit auswärtigen Mächten (Bravo). — Im Vorbeigehen will ich noch konstatiren, daß wenn von den Rednern gegen den Antrag das Argument aus der Vereidigung des Heeres auf die Verfassung hergeleitet ist, der Kurfürst von Hessen habe nicht auf die Offiziere

rechnen können, dies eben nur der Fall war, weil der Eid auf die Verfassung sie hinderte, den ungesetlichen Befehlen Folge zu leisten, und das dies eben den Kurfürsten veranlaßt hat, den Bundestag zur Hilfe zu rufen. Was die angebliche oppositionelle Haltung des kurhessischen Landtages dem Ministerium Eberhard gegenüber betrifft, so weiß ich nicht, wie das ein Vorwurf sein kann. Wie eine solche Opposition zu Stande kommen kann, namentlich den Hassenpflugschen Maßregeln gegenüber, brauche ich nicht zu wiederholen; ich will Ihnen nur das Wort eines Staatslehrers, eines alten Publizisten, dessen Namen einen soliden Klang hat, anführen, das Wort des Jakob Moser: derselbe sagte, sobald ein Landesherr einem Kollegium etwas befehlt, von dem man weiß, daß es gegen die Verfassung des Landes geht, so thue man es nicht und leide lieber die Folgen. Danach haben die Beamten in Hessen gehandelt, trotz aller Drohungen. Es ist bekannt, daß kurhessische Richter, weil sie an der Verfassung festhielten, vor Kriegsgerichte von gemeinen Soldaten gestellt wurden, weil sie nicht nach unrechtmäßigen Verordnungen von Hassenpflug haben urtheilen, sondern gegen sie erkannt haben. Man hat von blinden Hessen gesprochen. Blind sind die Hessen allerdings; blind in dreifacher Beziehung; blind, weil sie den Befehlen ihres Landesherrn gefolgt, auf allen Schlachtfeldern tapfer geblutet haben, auch als er sie nach Amerika verkaufte und weil sie trotzdem treu geblieben sind; blind, weil, trotzdem das Familienleben von oben herab nur ein negatives Beispiel für alle Bürger im Lande gewesen ist, sie doch ihm Treue bewahrten; blind aber auch, weil sie sich durch Gewaltmaßregeln nicht haben abhalten lassen, den Eid zu halten, welchen sie auf die Verfassung geleistet. Wir können uns gratuliren, wenn wir diese Blindheit überall und für alle Zukunft auch hier im Hause anträfen. (Bravo.) Was den alten Bundestag betrifft, so hat der Abg. v. Carlowitz bereits genügende Beweise geliefert, daß das Leben des Bundestages zu den Kapiteln gehört, welche Niemand gern berührt, da sich Niemand mit unreinen Dingen abgiebt (Heiterkeit). Der Bundestag ist todt durch ein von allen Regierungen anerkanntes Gesetz. Der Herr Minister des Auswärtigen schrieb unter dem 25. August 1850 an den Kaiserlichen Gesandten in Wien: es hat für uns niemals einem Zweifel unterlegen, daß die Bundesversammlung rechtlich und für immer aufgehört hat. Nun, meine Herren, wer für immer gestorben ist, dem ist nicht zu helfen. (Heiterkeit.)

Was die Ansicht des Herrn von Carlowitz betrifft, daß mein Antrag nur auf einem Umwege zu demselben Ziele führen solle, welches er auf direktem Wege zu erreichen gedachte, nämlich zu dem Austritt Preußens aus dem Bunde, so kann ich dem nicht entschieden widersprechen, bin aber der Ansicht, daß man nicht mit einem Male zwei Schritte mache, sondern sich zuerst mit einem begnügen müsse.

Daß der ganze Bund aufgehört habe, das habe ich nie behauptet und behaupte es auch hier nicht; wohl aber hat der Bundestag aufgehört. Ich bin übrigens der Ansicht, daß ein Organ da sein müsse, welches manche allgemeine deutsche Angelegenheiten verwalte, z. B. die Inspektion über die deutschen Bundesfestungen haben müsse. Daß aber ein derartiges Organ befugt sei, sich solche Rechte anzumessen, wie der jetzige Bundestag, das kann ich nicht anerkennen.

Wie hohe politische Interessen Preußens bei dieser Angelegenheit auf dem Spiele stehen, brauche ich wohl kaum zu erwähnen. Hessen, Hannover und Braunschweig trennen das Gebiet Preußens; über jene Länder hin reichen wir, die wir hier sitzen, uns die Hände. Um so wichtiger, sind sie für uns, um so mehr haben wir die Pflicht, sie rechtlich zu unterstützen. Aber es giebt eine Pflicht, die ich höher rechne, als alle andern, das ist die Aufrechterhaltung der politischen Ehre. Wir sind verpflichtet, den Hessen beizustehen, sie haben zu uns gestanden, haben sich damals der Union angeschlossen, und Graf Brandenburg hat sich in seinen Erklärungen vom 21. und 26. September verpflichtet, das hessische Volk und sein Streben kräftig zu unterstützen. An uns ist es jetzt, meine Herren, die Verpflichtung jenes Mannes einzulösen, der zu Grunde ging vor Schmerz, daß er sein Wort nicht halten konnte, dem Preußens Erniedrigung das Herz brach. (Bravo.) Ich spreche nicht gern über Abwesende — der Mann, den ich meine, ist nicht in diesem Hause — sonst würde ich weiter gehen. Die deutschen Regierungen mögen übrigens beherzigen, daß auf demselben Wege, wie gegen Hessen, auch gegen sie eingeschritten werden kann. In allen deutschen Verfassungen befinden sich zum Theil fast wörtlich dieselben Artikel, wie in der hessischen; was man dort gethan, kann man leicht auch anderswo versuchen. (Sehr wahr.) Glücklicherweise denken die Völker nicht überall wie ihre Regierungen. In Hannover giebt es Männer, welche glauben und der Regierung mit kräftigen Worten zeigen (Bravo), daß man sehr gut zugleich das Recht des Landes und deutsche Ehre wahren könne, und während in Baiern derselbe Herr v. d. Pfordten, der in Sachsen eine Leichenfeier für Robert Blum veranstaltete (hört! hört!) den Kammern jene bekannte Erklärung über den Zweck des Einmarsches in Hessen gab, fehlte es nicht an ehrenwerthen Per-

fönlichkeiten, wie Lerschensfeld und Bassaulx, die mit Entschiedenheit für das Recht Hessens austraten. Das sind unsere deutschen Bundesgenossen. Die Regierungen der Kleinstaaten werden immer gegen Preußen sein; die Kleinen sind immer gegen die Großen. Dennoch, obgleich man Preußen immer herabzuziehen sucht, stellt man die größten Ansprüche an uns. Es wäre also auch die Pflicht jener Staaten, uns zu unterstützen. Leider vermißt man diesen einfachen Grundfatz in ihrer Politik, vielleicht weil sie sich über das, was sie wollen, selbst nicht ganz klar sind. Die Sympathie, welche in diesen Staaten, namentlich in den süddeutschen, für Oesterreich herrscht, läßt sich übrigens vielleicht daraus erklären, weil Oesterreich keine Ansprüche an jene Staaten macht. Oesterreich ist nicht im Stande, irgend einen nützlichen Einfluß auf Deutschland auszuüben. Es hat nur die Wahl, entweder das Programm von Krensmier aufrecht zu erhalten, durch welches es sich von Deutschland zurückzieht, oder auf absolutistischem Boden stehen zu bleiben, ein Standpunkt vielleicht gut für Kroaten und Panduren, aber nicht für Deutsche. Oesterreich aber sagt sich vollständig von Deutschland los; so lange es Verfassungen in Deutschland giebt, ist an einen innigen Anschluß nicht zu denken. Und wenn man sich der Beleidigungen erinnert, welche Oesterreich nach dem Frieden von Villafranca gegen Preußen ausgesprochen, so wird sicherlich Niemand behaupten, daß Preußen von selbst mit Oesterreich gehen könne. Und wären wir vorher mit Oesterreich gegangen, so hätte das wahrscheinlich keine andere Folge gehabt, als daß Oesterreich auf unsere Kosten Frieden geschlossen und Louis Napoleon das linke Rheinufer garantirt hätte. Niemand kann also verlangen, daß wir uns auf Oesterreich welches nichts gelernt und nichts vergessen hat, auf Oesterreich, dessen Finanzen zerrüttet sind und das in Feindschaft mit Rußland steht, stützen sollen. Würde unsere Regierung dazu die Hand bieten, so würde ich ihr gewiß mein Votum entgegensetzen.

Auch der erwähnte Frieden von Basel, wie ich nebenbei anführen will, war kein Werk preussischer Unehellichkeit, sondern österreichischer Perfödie. Oesterreich wird nie den großen Kurfürsten und Friedrich den Großen vergessen, das sind die beiden Revolutionäre, die es am meisten fürchtet. Was aber das Testament Friedrich Wilhelms III. betrifft, so haben sich seit den Zeiten der heiligen Allianz die Dinge so geändert, daß wohl Niemand behaupten wird, dieser Monarch, in dessen Brust ein echt preussisches Herz schlug, wäre nach dem Frieden von Villafranca mit Oesterreich gegangen. Ich wenigstens behaupte mit Entschiedenheit: Nein. Man fragt uns, was wir eigentlich wollen. Wir wollen die Einheit Deutschlands, der deutschen Stämme unter der Führung Preußens und mit Ausschluß Oesterreichs; das ist sehr einfach. (Große Heiterkeit.) Die Hauptgegner einer solchen Einheit sind die Mittelstaaten, die zum Sterben zu groß und zum Leben zu klein sind. Diese Regierungen werden sich der Einheit immer zu entziehen wissen. Ich würde also der Regierung nicht einmal rathen, mit ihnen zu coquettiren. Sie muß ihre Sympathieen da suchen, wo sie ihr niemals fehlen werden, im deutschen Volke. Das ist das einzige Moment, wenn sie es benutzt, so werden wir die Einheit Deutschlands sicherlich erreichen. Von solchen Gründen, wie sie der Abg. v. Blandenburg hier vorgebracht hat, dürfen wir uns freilich nicht zurückschrecken lassen. Weshalb sollen wir die Demokraten zurückweisen, wenn sie in der deutschen Frage für uns sind? Sollen wir deshalb das Streben nach deutscher Einheit fallen lassen, weil wir vielleicht von einem solchen Popanz schrecken, von solchen — ich möchte sagen Biosynkrasien — leiten lassen, so werden wir niemals zur Einheit kommen. Und wenn der Abg. v. Blandenburg sagt, daß er dem jetzigen Minister des Auswärtigen kein Vertrauen schenken könne, so erkläre ich meinerseits, daß ich in der Frage deutscher Einheit gewiß für Herrn v. Blandenburg stimmen würde, wenn er einst auf der Ministerbank säße, und das Prinzip der jetzigen Regierung aufrecht erhielte (Heiterkeit.) Dagegen habe ich freilich auch meinerseits einige Vorwürfe gegen den Minister des Auswärtigen auszusprechen. Ich kann es nicht billigen, daß man im Auslande, z. B. durch das englische blaue Buch, die Ansicht unserer Regierung eher erfahre, als wir im Inlande sie kennen lernen. Ich kann es nicht billigen, daß der Minister, wenn er sich wirklich einmal ausnahmsweise oben aufgeschöpft, sich den Augenblick darauf eben so fest wieder unten zutropfe (große Heiterkeit). Offenheit der Regierung in so wichtigen Fragen würde nicht nur in Preußen, sondern in ganz Deutschland sehr willkommen geheißen werden, und man kann in Deutschland wirklich nicht eher Sympathieen für den Weg der Regierung empfinden, als bis man diesen Weg genau kennt. „Vertrauen erweckt Vertrauen.“ Nur auf diesem Wege der Offenheit ist die Regierung im Stande, sich in allen großen Fragen Sympathieen Deutschlands zu erwerben (mit erhobener Stimme), und nur wenn sie die Heeresvorlagen durch eine solche deutsche Politik motivirt, könnte sie hoffen, unsere Zustimmung für dieselben zu erlangen. Auch das heutige Rom, wie einst das alte, wird nur durch Deutschlands Einheit wahrhaft gefährdet. Schutz des Rechtes zu aller Zeit, Schutz in der brennendsten Frage, der heftigsten, das ist der beste Schutz Deutschlands. Nicht mit noch so vieler Heeresmacht wird die Regierung Widerstand leisten können gegen Frankreich, sondern wenn sie die nationalen Sympathieen sucht, nicht allein Sympathieen des Heeres, des Volkes in seiner Gesamtheit, der Landwehr. (Stürmisches Bravo.) Nur auf diesem Wege kann die Regierung Großes erreichen, und an ihm muß sie mit Energie festhalten, die Preußens würdig ist, selbst auf die Gefahr eines Krieges hin, den ich übrigens nicht besorge. Beschränken wir uns für jetzt auf die Vertheidigung des guten Rechts. Mag dann kommen, was da wolle — von den jetzigen Männern der Regierung haben wir keine Schlacht bei Bronzell zu erwarten! Schreiben wir auf unsere Fahne das gute Recht Preußens! Nur in diesem Zeichen werden wir siegen! (Lebhaftes, energisches Bravo.)

Deutschland.

Berlin, 23. April. Der Geh. Regierungsrath Bitter, preussisches Mitglied der europäischen Donau-Schiffahrts-Kommis-

sion, ist nach Ablauf eines hier selbst zugebrachten mehrmonatlichen Urlaubs, nach Galatz zurückgekehrt.

Nach privaten Mittheilungen aus Ratibor ist daselbst am 20. ein höchst frecher gewaltsamer Einbruch in das Amtlokal der dortigen königlichen Kreis-Steuer-Amts-Kasse verübt und aus den Beständen derselben die beträchtliche Summe von 8000 Thalern in geldwerthen Papieren, Bankscheinen und namentlich in schlesischen Provinzial-Darlehns-Kassenscheinen entwendet worden.

Wiesbaden, 17. April. In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung beantragte Bischof Wilhelm die Aufhebung der Spielbanken, welcher Antrag nach lebhafter Diskussion, an welcher sich namentlich die Abgg. Koch und Hilß theilnahmen, angenommen wurde mit dem Zufüge, daß die Regierung in keinem Falle die gegenwärtig bestehenden Spielpachtverträge verlängern möge.

Italien.

Die Nachrichten aus Sizilien sind noch immer voll von Widersprüchen, doch geht aus den uns heute vorliegenden direkten palermitaner Berichten vom 10. und 11. hervor, daß die amtliche neapolitanische Zeitung nicht die Wahrheit gesagt hat, so oft sie seit dem 4. April das Wort Sizilien in den Mund nahm. Die Armee des Königs ist seit dem 10. April wieder im Besitze der Städte, sobald sie sich aber aus ihren Festungswerken und verschanzten Lagern heraus wagt, wird sie mit starken bewaffneten Banden, die sich als Guerillas formirt haben, handgemein. Die Palermitaner sind keineswegs, wie die neapolitanische Gazzeta und des Stadt-Gouverneurs Proklamationen erklärten, dem Kampfe fremd geblieben, sondern, wer Waffen hatte, gebrauchte dieselben gegen die Truppen, als diese zur beschleunigten Herbeiführung des Kampfes ihr Möglichstes gethan hatten. Auch sind die Insurgenten, als sie der Uebermacht in der Gancia weichen mußten, in guter Ordnung zum Thore der Termini hinaus und nach der Bagaria gezogen, wo zwei dort liegende Schwadronen sich vor denselben in ihren Cafernen verbarrikadirten und um Hülfe nach Palermo schickten. Am folgenden Tage wurde das Dorf von einem Infanterie-Bataillon unter General Couris Haus für Haus mit Sturm genommen, worauf die Infanterie, nach starken Verlusten, mit den entsetzten Reitern nach Palermo sich zurückzog. Ein am 7. erfolgter Angriff der Truppen auf das Dorf La Bagaria wurde von den Insurgenten zurückgeschlagen. In der Bagaria wurde der erste Schuß auf die Truppen von einem Weibe gethan, das sich voran in die Feinde stürzte und nach einigen Minuten fiel. Die Bagarioten hatten einen neapolitanischen Ebirren gefangen genommen; da sie nun jeden Augenblick das Anrücken von Infanterie aus Palermo erwarteten, so stellten sie den Unglücklichen mit einer dreifarbigten Fahne auf den Weg, während Scharfschützen hinter den Mauern Stellung nahmen und ihn zu erschließen drohten, sobald er die Fahne fallen lasse. So stand der Ebirre mehrere Stunden lang und wurde, als die Truppen den Mann, der ihnen die Tricolore entgegenhielt, erblickten, schon von Weitem erschossen. Nach sechstägigem Kampfe hatte es, wie dem „Nord“ aus Palermo vom 10. April geschrieben wird, „immer noch nicht den Anschein, als gehe den Insurgenten der Muth aus“; an Gewehren gebricht es sehr, und es waren kaum 800 Stück vorhanden, „aber hinter jedem Kämpfer stehen mehrere Cameraden, die kein Gewehr haben und sofort für ihn in den Kampf eintreten, wenn er fällt.“ Am 8. April schlugen etliche Hundert Insurgenten bei den Colli auf der Westseite Palermo's ein ganzes Bataillon mit vier Stück Geschütz in die Flucht. Die Offiziere sahen sich oftmals genöthigt, den Säbel gegen ihre eigenen Leute zu gebrauchen, um dieselben zum Standhalten zu zwingen. Die Wuth der Insurgenten war oft so blind, daß z. B. am zweiten Tage des Kampfes an der Porta Maqueda auf offener Straße vier mit Flinten Bewaffnete zwei Compagnieen angriffen, sich auf dieselben stürzten und in Stücke hauen ließen. Die Soldaten warfen Feuerbrände in die Häuser friedlicher Bürger. Noch am 10. steckten sie die prachtvollen Villen aneden Colli in Brand. Allgemeines Staunen erregte es, als am 5. bereits Salzano in einer natürlich bloß aufs Festland berechneten Proklamation erklärte, Ruhe und Ordnung seien in Palermo hergestellt, während die Fenster vom anhaltenden Kanonendonner und Geschützfeuer fortwährend zitterten. Maniscalco ließ ein halbes Duzend junger Nobili aus ihren Häusern holen: den Fürsten Pignatelli, den Baron Collobria, den Fürsten Gardinelli u. s. w., und am folgenden Morgen erließ General Salzano wieder eine Proklamation, worin es heißt: „Palermitaner! Noch einmal belobe ich Euch für Eure bewundernswürdige Haltung; der Friede ist hergestellt; die Haupt-Anstifter der Revolution sind in den Händen der Justiz.“ Zugleich ließ er Geld an diejenigen vertheilen, „die in Folge der Ereignisse seit einigen Tagen keine Arbeit gefunden.“ Als Antwort auf diese Belobungen steckte das Volk ein Polizei-Commissariat in Brand. Der Kampf in und um Palermo endete am 9. April damit, daß die Insurgenten ihr Pulver vollständig verschossen hatten und also den Truppen das Feld räumen mußten. Zwischen Palermo und Trapani war seit dem 8. die Telegraphen-Verbindung unterbrochen. Am 11. erließ Salzano die dritte Proklamation, worin er wiederum anzeigte, der Aufstand sei besiegt und die tapferen königl. Legionen hätten in San Lorenzo die Insurgenten vernichtet. Man wußte jedoch, daß in San Lorenzo kaum 20 Schüsse gewechselt waren, daß die Insurgenten sich vor den Truppen in die Berge zurückgezogen, und daß die Truppen das Dorf geplündert und in Brand gesteckt hatten, damit sich die Insurgenten nicht darin festsetzen könnten.

Provinzielles.

Stettin, 23. April.

Der „Theater-Moniteur“ enthält in einer Correspondenz aus Stettin die Mittheilung, daß Herr Direktor Hein das gesammte Inventarium des hiesigen Theaters an Frau Direktor Springer in Magdeburg verkauft und diese mit Genehmigung der Behörden die hiesige Direktion in Zukunft führen werde. — Wie wir hören, ist der definitive Verkauf noch nicht abgeschlossen, wenngleich darauf bezügliche Verhandlungen stattfinden. Auch wir glauben, daß Frau Direktor Springer einen schweren Stand haben

möchte, da bei den jetzigen Verhältnissen auch die beste Direktion kaum ihre Rechnung finden dürfte.

Der Frühjahrs-Zahrmarkt wurde heute ausnahmsweise bei schönem Wetter eröffnet. Der Verkehr ist aber leider kein befriedigender und scheinen die Zeitverhältnisse auch hier ihren Einfluß auszuüben.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wollte die 25jährige unverehelichte M. ihrem Leben ein Ende machen, indem sie sich vom neuen Bollwerk in die Oder stürzte. Sie wurde aber von einem Arbeitsmann wieder gerettet und schien ihren Selbstmordversuch zu bereuen.

Am Sonnabend wurde eine unbekannte männliche Leiche in der Parnitz gefunden.

Die durch den Abgang des in den Ruhestand versetzten Rechnungs-raths Hildebrandt erledigte Kreis-Steuer-Einnehmer-Stelle zu Greifenhagen, ist dem bisherigen Zahlmeister Dre-witz, vom Landwehr-Stamm-Bataillon des 25. Infanterie-Regiments kommissarisch übertragen und am 4. d. Mts. übertragen worden.

Telegraphische Depeschen.

Frankfurt, 20. April. (H. N.) Die Bundes-Militär-Commission hat nunmehr ihren Bericht erstattet. Derselbe befehligt einfach die preussische Vorlage, die Bundes-Kriegsverfassung betreffend und erklärt auf Antrag des hannoverschen Correspondenten die allgemeinen Bestimmungen dieser Verfassung für einer Reform nicht bedürftig.

Wien, 21. April. (W. I. B.) Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Bologna vom 17. hat der Erzbischof ein Circular an den Clerus erlassen, in welchem er verbietet, den Personen, welche für die Annexion gestimmt haben, die Absolution zu erteilen. Während der Anwesenheit des Königs wird der Erzbischof aus Land ziehen, das Domcapitel sich in ein Kloster begeben.

Paris, 21. April. (W. I. B.) Als Resultat der in der Grafschaft Nizza stattgefundenen Abstimmung hat sich ergeben, daß 24,637 mit „Ja“, 160 mit „Nein“ gestimmt haben.

Barcelona, 21. April. (W. I. B.) Heute Morgen 2 Uhr wurden Graf Montemolín und dessen Bruder Prinz Ferdinand in der Nähe von Tortosa verhaftet.

Börsen-Berichte.

Stettin, 23. April. Witterung: klare Luft, schönes Frühlingswetter. Temperatur + 8°. Wind: Süd.

Weizen matter, loco pr. 85 pfd. gelber vomm. 72 1/2 Rt. bez., 85 pfd. gelber und weißer schles. im Verande und Conossement 72 1/2 Rt. bez., gelber pr. Frühjahr erkl. schles. Sonnabend noch 73 1/2 76 bez., heute 75 1/2 Rt. bez. u. Br., inländ. 75 Rt. bez.

Roggen matter, loco 77 pfd. 47 Rt. bez., pr. Frühjahr 46 bez. u. Br., Mai-Juni 45 1/2, 1/2 bez., Juni-Juli 45 1/2, 1/2 bez., Juli-August 46 Rt. Br., Sept.-Okt. 46 Br.

Gerste ohne Umfah. Hafer pr. Frühjahr 47.50 pfd. erkl. polnischer und preussischer 32 — 32 1/2 Rt. bez.

Rübsöl stille, loco 10 1/2 Rt. Br., April-Mai 10 1/2 Rt. Beis., September-Okt. 10 1/2 Rt. Br., 10 1/2 Rt. Bd.

Leinöl loco inkl. Faß 10 1/2 Rt. Br. Spiritus unverändert, loco ohne Faß 17 1/2 Rt. bez., Frühjahr 17 1/2 Rt. bez. u. Bd. Mai-Juni 17 1/2, 1/2 Rt. bez., Juni-Juli 18 1/2 Rt. bezahlt, 18 1/2 Rt. Br., Juli-August 18 1/2 Br. und Bd.

Paris, 21. April. Die 3 % eröffnete zu 70.05, stieg auf 70.25 und schloß hierzu sehr belebt und in sehr fester Haltung. Console von Mittags 12 Uhr waren 94 1/2 gemeldet. — Schluß-Course: 3 pCt. Rente 70.25, 4 1/2 pCt. Rente 96.90, 3 pCt. Spanier 45 1/2.

London, 21. April. Silber 61 1/2. Der gestrige Wechselkurs auf Wien war 13 Fl. 60 Kr., auf Hamburg 13 Mt. 5 1/2 Sch. — Console 94 1/2.

Die telegraphischen Depeschen melden: Berlin, 23. April Staats-Schuldscheine 83 1/2 Bd. Prämien-Anleihe 3 1/2 pCt. 113 1/2 bez., Berlin-Stettiner 98 bez., Stargard-Polener 80 Br. Destr. Nat.-Anl. 59 bez., Disconto-Commandit-Anth. 78 1/2 bez., Franz. Destr. Staats-Eisenbahn-Aktien 137 1/2, bez., Wien 2 Mon. 73 1/2 bez., Hamburg 2 Mon. — bez., London 3 Mon. — bez.

Roggen pr. Frühjahr 48 1/2 bez., 1/2 Br., pr. Mai-Juni 48 1/2 bez., 48 1/2 Bd., pr. Juni-Juli 48 1/2 bez., 1/2 Br.

Rübsöl loco 10 1/2 Br., pr. April-Mai 10 1/2, 1/2 bez., Mai-Juni 10 1/2 bez., pr. September-Okt. 11 1/2, 1/2 bez., Spiritus loco pr. 8000 pCt. 17 1/2 bez., April-Mai 17 1/2, 1/2 bez., Mai-Juni 17 1/2 bez., 17 1/2 Bd., Juni-Juli 18 1/2, 18 1/2 bez.

Stettiner Börse vom 23. April 1860.

Berlin	kurz	100 B	Pomerania	107 B
"	2 Mt.	99 1/2 B.	Union	101 B
Hamburg	6 Tag.	150 1/2 bz u B	St. Börsenh.	—
"	2 Mt.	150 B	Obligationen ..	—
Amsterdam	8 Tag.	141 1/2 G	St. Schausp.	—
"	2 Mt.	141 1/2 bz u B	Obligationen ..	—
London	10 Tag.	6 19 1/2 B u bz	St. Speich.-A.	— B
"	3 Mt.	6 17 1/2 B	V.-Speich.-A.	118 B
Paris	10 Tag.	79 1/2 B	Pomm. Prov.	— G
"	2 Mt.	78 1/2 B u bz	Zuckers.-Act.	—
Bordeaux	10 Tag.	— B	N. St. Zucker.	—
"	2 Mt.	78 1/2 1/2 B	Sied.-Actien ..	500 B
Bremen	8 Tag.	107 1/2 G	Mesch. Zuck.	—
"	3 Mt.	—	Fabrik-Anth.	100 B
St. Petersburg ..	3 Woch.	—	Bredower do.	—
Wien	8 Tag.	— B	Walzmühl.-A.	1000 G
"	2 Mt.	—	St. Portl.-Cem.	—
Frw. St.-Anl.	4 1/2	—	Fabrik	100 B
Staats-Anl.	4 1/2	99 3/4 B	Pom. Chaus.	—
"	5	104 B	bau-Obligat. 5	—
St.-Schldsch.	3 1/2	— B	Stett. Dampf.	—
Pr. Präm.-Anl.	3 1/2	— B	Schlepp-Ges.	800 B
Pomm.-Pfdbr.	3 1/2	85 1/4 bz	Stett. Dampf.	—
" Rentenbr.	4	—	schiffs-Ver.	220 B
Ritt. P.P.B.A.	—	—	N. Dampf.-C.	88 B
à 500 Rtl.	—	—	Germania	94 B
Berl.-St. Eish.	—	—	Vulcan	50 B
Act. Lit. A. B.	4	—	Stett. Dampf.	—
" Prior.	4 1/2	—	mühlen-Ges.	60 B
"	4	—	Pommerend.	—
Starg.-P. E.A.	4 1/2	—	Chem. Fabrik ..	103 B
" Prior.	3	—	Chem.-F.-Ath.	500 B
"	4 1/2	—	Stett. Kraft.	—
Stett. Stdt.-O.	4 1/2	98 B.	Dünger-F.-A.	45 B
St. Str.-V.-A.	—	— bz	Used. - Woll.	— B
Pr. Nat.-V.-A.	4	94 1/2 G	Kreis-Oblig.	—
Pr. See-Ass.	—	—	Greifenhagen	—
Comp.-Act.	—	— B	Kreis-Oblig.	—